



### Niederschrift

#### 4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 21.01.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Kaminski, Peter	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	bis 21:17 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	bis ca. 19:40 Uhr
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	bis ca. 19:40 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Klemund, Andreas	SPD	entschuldigt
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Munder, STEP  
Herr Richter, KIS  
Herr Praetzel, FB Grün- und Verkehrsflächen  
Herr Frerichs, Wirtschaftsförderung  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
(weitere Gäste – siehe Anlage: Gästeliste)

Schriftführerin:  
Frau Ziegenbein

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2008
- 2 Familienkarte  
Vorlage: 08/SVV/0657  
Fraktion DIE LINKE
- 3 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH  
Vorlage: 08/SVV/0798  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4 Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007  
Vorlage: 08/SVV/0961  
Stadtverordnete Grimm, Herzberg, Boede, Die Andere
- 4.1 Mitteilungsvorlage - Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008  
Vorlage: 08/SVV/1028  
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 5 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg  
  
Vorlage: 08/SVV/0992  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 6 Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/1004  
Fraktion DIE LINKE
- 7 Potsdamer Toleranzedikt  
Vorlage: 08/SVV/1036  
Fraktion DIE LINKE
- 8 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH  
Vorlage: 08/SVV/1038  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 9 Beirat Potsdamer Mitte  
Vorlage: 08/SVV/1044  
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 10 Besetzung der Stelle 353 100 21 Sachbearbeiter/in Förderung freier Träger Kita  
Vorlage: 08/SVV/1127  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

- 11            Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1        Stärkung produzierendes Gewerbe  
              Vorlage: 08/SVV/1076  
              Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 11.2        Winterdienst
- 12            Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister, dass vom Betriebsrat des Klinikums „Ernst von Bergmann“ ein Antrag auf Rederecht zum Tagesordnungspunkt 8, „Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH“, vorliegt. Gegen diesen Antrag erhebt sich kein Widerspruch. Im Weiteren informiert er, dass zum Tagesordnungspunkt 3, Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH, Frau Manzl und Herr Hummel als Vertreter der Handwerkskammer anwesend sein werden. Der Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ soll um eine Information zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung und eine Information zur Potsdamer Tafel erweitert werden.

Herr Dr. Scharfenberg bittet unter dem Punkt „Sonstiges“ um eine Information zur Entwicklung der Energiepreise.

Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 3. Sitzung des Hauptausschusses vom 10. Dezember 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

#### **zu 2        Familienkarte               Vorlage: 08/SVV/0657               Fraktion DIE LINKE**

Der Oberbürgermeister gibt das Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales bekannt, der dem Antrag mit folgendem geänderten Beschlusstext zugestimmt hat:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in allen städ-*

*tischen Einrichtungen explizite Familienangebote, die alle Familienmitglieder berücksichtigen, ausgewiesen werden.  
Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im April 2009 zu informieren.*

Der Hauptausschuss schließt sich diesem Votum einstimmig an.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in allen städtischen Einrichtungen explizite Familienangebote, die alle Familienmitglieder berücksichtigen, ausgewiesen werden.  
Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im April 2009 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

### **zu 3 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH**

**Vorlage: 08/SVV/0798**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass dieser Antrag bereits mehrfach zurückgestellt wurde. Dies begründe sich darin, dass Vertretern der Handwerkskammer Gelegenheit gegeben werden sollte, dazu Stellung zu nehmen. Da Frau Manzl und Herr Hummel nicht anwesend sind, bittet er Herrn Exner, den Sachstand zu erläutern.

Herr Exner verweist auf die Befürchtungen der Handwerkskammer, dass mit Gründung der Tochtergesellschaft der Pro Potsdam handwerkliche Leistungen und ein entsprechendes Auftragsvolumen durch die von der Tochtergesellschaft beschäftigten Handwerker abgegriffen und nicht mehr an ortsansässige Handwerksbetriebe vergeben werden. Dies sei in einer schriftlichen Stellungnahme der Handwerkskammer vom 20. Januar 2009 deutlich gemacht worden, was auch der Grund dafür sein könne, dass die angekündigten Vertreter der Handwerkskammer nicht anwesend seien. Deshalb schlage er eine Klarstellung in der Beschlussformel vor, die diesen Befürchtungen entgegenwirken solle. Diese sei auch im Ausschuss für Finanzen vorgestellt, jedoch noch nicht abgestimmt worden und hat folgenden Wortlaut:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

*Der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der die PRO POTSDAM GmbH 100 % der Geschäftsanteile hält, wird zugestimmt.*

*Gegenstand des Tochterunternehmens ist die Erbringung genehmigungsfreier immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen aller Art für die Gesellschafterin, für deren Beteiligungsgesellschaften und für die Landeshauptstadt Potsdam. Dazu **zählt insbesondere die Erbringung von genehmigungsfreien** infrastrukturellen Dienstleistungen, soweit diese bis zur Gründung der Gesellschaft **selbst oder durch die Gesellschafterin, durch deren Beteiligungsgesellschaften und mit eigenem Personal ausgeführt wurden.***

**Ziel dieser Neustrukturierung ist die Optimierung des bereits bestehenden Geschäftsfeldes. Eine Erweiterung bzw. ein Ausbau des Leistungsspektrums soll nicht vorgenommen werden.**

Dem in der Stellungnahme schriftlich formuliertem Anliegen, Handwerksbetriebe, die für die Stadt arbeiten, von der Mehrwertsteuer oder anderen steuerlichen Abgaben zu befreien, könne allerdings nicht Rechnung getragen werden.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schubert, dass eine Abstimmung in der heutigen Sitzung möglich sei. Um den Ängsten der Handwerkskammer entgegenzuwirken, schlage er darüber hinaus vor, die Gründung eines mit Stadtverordneten zu besetzenden Beirates in die Beschlussformel aufzunehmen, um einen „Blick“ darauf zu haben.

Herr Dr. Scharfenberg fragt dazu nach, ob ein Beirat angemessen sei, wenn es sich wirklich nur um 11 Handwerker handle, die in der Tochtergesellschaft beschäftigt werden. Dazu wäre es auch ausreichend, wenn sich der Hauptausschuss im Rahmen einer halbjährlichen oder jährlichen Berichterstattung damit befasse. Im Weiteren fragt er nach, ob die Absicht bestehe, auch die Mitarbeiter des Regiebetriebes Luftschiffhafen in die Tochtergesellschaft aufzunehmen, was bisher immer verneint wurde.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Anzahl der Beschäftigten nicht ausschlaggebend für die Gründung eines Aufsichtsrates o. ä. sei, wofür es zahlreiche Beispiele gebe. Um der Kritik und dem Misstrauen zu begegnen, spreche er sich für einen Beirat aus, der Transparenz herstelle und auf die Einhaltung der Rahmenbedingungen achte. Herr Exner ergänzt, dass es sicher Synergien zwischen den Töchtern der Pro Potsdam geben könne; Absichten, weitere Mitarbeiter der in Rede stehende Tochter aufzunehmen, seien ihm nicht bekannt. Zur Kontrolle gebe es diverse Möglichkeiten, wie z. B. beim Aufsichtsrat der Pro Potsdam, der Einflussmöglichkeiten über die Jahresberichte habe. Herr Westphal führt aus, dass es jetzt um die Aufnahme der 11 Handwerker gehe und Leistungen zusammengefasst werden sollen. Langfristig sei es denkbar, Synergien mit dem Luftschiffhafen zu ermöglichen.

Herr Schubert betont, dass es für die Beschlussfassung dieses Anliegens wichtig sei, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Die Möglichkeit der Kontrolle über den Hauptausschuss habe den Nachteil, dass entsprechende Mitteilungsvorlagen in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte sehr spät aufgerufen werden und bekanntlich weniger Aufmerksamkeit erhalten. Da es langfristig auch mehr als 11 Mitarbeiter werden können, sei die Bildung eines Beirates die bessere Variante.

Der Oberbürgermeister stellt die Ergänzungen, die bereits im Finanzausschuss vorgetragen wurden, (im Text fett markiert) zur Abstimmung. Diese werden mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Die von Herrn Schubert namens der Fraktion SPD vorgeschlagene Ergänzung mit dem Wortlaut:

**Als Aufsichtsgremium wird ein Beirat gegründet, der mit Stadtverordneten besetzt wird.**

wird einstimmig **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der die PRO POTSDAM GmbH 100 % der Geschäftsanteile hält, wird zugestimmt.

Gegenstand des Tochterunternehmens ist die Erbringung genehmigungsfreier immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen aller Art für die Gesellschafterin, für deren Beteiligungsgesellschaften und für die Landeshauptstadt Potsdam. Dazu zählt die Erbringung von **genehmigungsfreien** infrastrukturellen Dienstleistungen, soweit diese bis zur Gründung der Gesellschaft **selbst oder durch** deren **Beteiligungsgesellschaften** mit eigenem Personal ausgeführt wurden.

**Ziel dieser Neustrukturierung ist die Optimierung des bereits bestehenden Geschäftsfeldes. Eine Erweiterung bzw. ein Ausbau des Leistungsspektrums soll nicht vorgenommen werden.**

**Als Aufsichtsgremium wird ein Beirat gegründet, der mit Stadtverordneten besetzt wird.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

zu 4

**Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007**

**Vorlage: 08/SVV/0961**

Stadtverordnete Grimm, Herzberg, Boede, Die Andere

Der Oberbürgermeister verliest den geänderten Beschlusstext aus dem Ausschuss für Finanzen mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **über die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss des betreffenden Haushaltsjahres der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Es soll dargestellt werden**

- welche **der beschlossenen Vorschläge ganz oder teilweise umgesetzt wurden**
- welche **Maßnahmen dazu getätigt wurden**
- welche Kosten dafür jeweils entstanden sind.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **über die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss des betreffenden Haushaltsjahres der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Es soll dargestellt werden**

- welche **der beschlossenen Vorschläge ganz oder teilweise umgesetzt wurden**
- welche **Maßnahmen dazu getätigt wurden**
- welche Kosten dafür jeweils entstanden sind.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen.**

**zu 4.1 Mitteilungsvorlage - Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008**  
**Vorlage: 08/SVV/1028**

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass ein großer Teil der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in Prüfaufträge umgemünzt wurde und im Ergebnis dessen nicht „viel dabei herausgekommen“ sei. Das sollte in diesem Jahr besser gemacht werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass das eine „Mahnung“ an alle sei, es in diesem Jahr besser zu machen und die Ergebnisse der Abschlussveranstaltung vom 14. Januar 2009 in der weiteren Diskussion und Beschlussfassung angemessen zu berücksichtigen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg**  
**Vorlage: 08/SVV/0992**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die engen Zusammenhänge mit dem verabschiedeten Einzelhandelskonzept und gibt das Ergebnis der Beratung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen bekannt, der der Vorlage mit einer Änderung im Punkt 3 des Beschlusstextes (vierteljährliche Berichterstattung) zugestimmt hat.

Herr Naber bezieht seine Anmerkung auf den in der Karte 2 gekennzeichneten Block 16 und bittet, diesen nochmals unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten zu prüfen, da das seine Fraktion für sehr wichtig halte. Er bittet, die Ausführungen der Verwaltung in das Protokoll aufzunehmen.

Herr Goetzmann entgegnet, dass diese Prüfung bei allen Flächen eine besondere Rolle spiele und alle diesbezüglichen Ergebnisse immer die entsprechenden Gremien beschäftigen werden, in die auch die Stadtverordneten einbezogen seien und dies überprüfen können.

Im Weiteren bezieht sich Herr Naber auf die in der Tabelle 3, Punkt 7 aufgeführten Planungen und Bedarfe zur Warengruppe „Hausrat, Einrichtung, Möbel“, die sehr umfangreich seien und fragt, was das für Planungen seien.

Herr Goetzmann betont, dass diese Tabelle unbearbeitet weitergenutzt und somit die Veränderungen, z.B. durch die Porta-Eröffnung, nicht berücksichtigt seien.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass nach Auffassung seiner Fraktion die Aussagen in dieser Beschlussvorlage nicht belastbar seien und verweist auf die zu den Bahnhofspassagen und zum Stern-Center geführten Diskussionen, mit der Zielstellung, einen Abfluss der Kaufkraft zu verhindern. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise sei darüber hinaus die Investitionsbereitschaft fraglich, die es aber wiederum für die Bahnhofspassagen und das Stern-Center gebe. Insofern sehe er keine Notwendigkeit, den Punkt 2 des Beschlusstextes zu verabschieden und beantragt dessen Streichung. Außerdem solle eine Berichterstattung nicht nur in den Fachausschüssen, sondern auch im Hauptausschuss erfolgen.

Der Oberbürgermeister meint, wer „A“ sagt, müsse auch „B“ sagen und so werde in die nächste Sitzung des Hauptausschusses eine entsprechende B-Plan-Änderung eingebracht. Außerdem könne jetzt nicht eine neue Diskussion zum beschlossenen Einzelhandelskonzept „aufgemacht“ werden.

Herr Goetzmann verweist auf die Gegenüberstellung der vorhandenen bzw. rea-

lisierbaren Potenziale in der Innenstadt und Babelsberg (7.800 m<sup>2</sup>) sowie südlich der Fr.-Ebert-Straße/Alter Markt (1.400 m<sup>2</sup>) und die prognostizierten Zusatzbedarfe (8.600 m<sup>2</sup>). Im Ergebnis dessen bleibe kein „Rest“, der das Anliegen der Fraktion DIE LINKE rechtfertige. Ziel sei, entsprechende Vorläufe und Begründungen zu schaffen sowie einen Status quo festzulegen. Dies sei halbjährlich zu prüfen und werde nicht für 5 Jahre festgeschrieben.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass der Zuwachs an Einzelhandelsflächen von einigen in Frage gestellt werde und es einen eigenständigen Entwicklungsbedarf für die Bahnhofspassagen und das Stern-Center gebe. Vor dem genannten Hintergrund müsse ein entsprechender Vorlauf gesichert werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf das bestätigte Einzelhandelskonzept und die darin festgeschriebene vierteljährliche Prüfung. Herr Schubert bezieht sich auf die Aussage von Herrn Goetzmann, dass es keinen „Rest“ gebe und spricht sich gegen eine unterschiedliche Betrachtung von Bahnhofspassagen und Stern-Center aus. Herr Goetzmann betont dazu, dass diesbezügliche Planverfahren derzeit keine Begründungsbasis hätten. Wenn die Stadt bei den Leitlinien bleiben wolle, die mit dem Einzelhandelskonzept beschlossen wurden, habe man nichts, womit die zusätzlichen Einzelhandelsflächen gefüllt werden könnten.

Der Oberbürgermeister warnt vor getrennten Maßstäben und meint, dass sich die Stadt damit rechtlich anfechtbar mache. Darauf Bezug nehmend schlägt Herr Schubert vor, die Drucksache zurückzustellen und an alle Fraktionen eine juristische Bewertung, auch der Konsequenzen der genannten Vorschläge auszureichen.

**Dieser Verfahrensweise wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen zugestimmt.**

**zu 6**      **Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 08/SVV/1004**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die Zurückstellung der Vorlage im Ausschuss für Bildung und Sport, verbunden mit dem Auftrag zur nächsten Sitzung eine Stellenbeschreibung vorzulegen, um den Antrag dann zu beraten. Er schlägt vor, sich dieser Verfahrensweise anzuschließen und die Drucksache ebenfalls **zurückzustellen**. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 7**      **Potsdamer Toleranzedikt**

**Vorlage: 08/SVV/1036**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt eingangs aus, dass nach Abschluss des ersten Diskussionsprozesses die „Charta der Vielfalt“ diskutiert wurde, der bereits 30 Unternehmen beigetreten seien. Herr Jetschmanegg ergänzt, dass eine Internetliste und auch die Diskussion weitergeführt werden solle. In den Monaten März und April werde konkret besprochen, wie eine praktische Umsetzung erfolgen könne, so dass man sich im Spätherbst dazu verständigen könne, was davon erfolgreich war und was nicht. Dies werde in die Fortsetzung der öffentlichen Diskussion einbezogen. Geplant sei auch eine weitere europäische Konferenz mit den Partnerstädten; die Realisierung sei aber von europäischen Fördermitteln abhängig. Der Prozess solle in den Händen der Bürgerschaft verbleiben, um dies auch kontrollieren zu können.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es ihm um eine kontinuierliche Begleitung der Umsetzung gehe; dem widerspreche das bisher Gesagte nicht. Ziel sei eine Bündelung und Begleitung des Prozesses. Deshalb schlage er vor, den Passus „... konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Toleranzediktes bis März 2009 vorzulegen ...“ zu streichen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig angenommen.**

**Da der verbleibende Beschlusstext in sich nicht mehr schlüssig ist, wird nach Rücksprache mit der Fraktion DIE LINKE folgende Formulierung für die Abstimmung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung empfohlen:**

**Zum Stand der Umsetzung der aus dem Toleranzedikt abgeleiteten konkreten Maßnahmen erfolgt eine kontinuierliche jährliche Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung.**

**zu 8      Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH**

**Vorlage: 08/SVV/1038**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die ablehnende Stellungnahme des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und der mit der Reduzierung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder von 15 auf 9 geäußerten Befürchtung des Betriebsrates des Klinikums, dass nicht mehr alle Sparten der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vertreten seien.

Anschließend nimmt eine Vertreterin des Betriebsrates dazu Stellung und spricht sich nachdrücklich gegen eine Verkleinerung des Aufsichtsrates aus. Dies begründe sich u.a. in der Anzahl der Mitarbeiter des Klinikums und der Verteilung der rund 2.000 Mitarbeiter auf mehrere Tochterunternehmen und die nicht mehr vorhandene Möglichkeit, alle Sparten der Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Außerdem passe die Expansion des Unternehmens nicht mit der Reduzierung des Aufsichtsrates zusammen, was sich außerdem auch nicht aus der Brandenburgischen Kommunalverfassung ableiten lasse und auch nicht aus dem Drittelbeteiligungsgesetz.

Darüber hinaus müsse das neue Wahlprozedere vermittelt werden und das sei wiederum mit Schulungen für die Wahlvorstände und einem entsprechenden Zeitaufwand verbunden. Damit bestehe die Befürchtung, dass ein rechtsfreier Raum entstehe und der neue Aufsichtsrat seine Arbeit nicht zeitnah aufnehmen könne. Deshalb schlage der Betriebsrat vor, den Turnus der Aufsichtsratswahlen an den der Kommunalwahl zu koppeln.

Herr Exner erläutert, dass auch alle anderen Aufsichtsräte aus nur 9 Mitgliedern bestehen und im Klinikum damit auch weiterhin die bisherige Regelung der Vertretung eines Drittels der Arbeitnehmer gesichert sei. Allerdings verstehe er schon, dass alle Berufssparten berücksichtigt werden sollten. Deshalb schlage er vor, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 zu erhöhen, um damit einen weiteren Arbeitnehmervertreter aufzunehmen zu können und alle Berufssparten zu berücksichtigen. Die verbleibenden zwei Plätze sollten so wie bisher Experten einnehmen, denn das habe sich bewährt.

Bezüglich des Wahlprozederes werde er einen Vorschlag für die Übergangszeit unterbreiten, so dass das jetzt vorgeschlagene erst für zukünftige Wahlen und nicht die jetzt anstehenden gelte. Damit sei das Problem der notwendigen Schulungsmaßnahmen und des damit verbundenen Zeitaufwandes gelöst. Auf die Nachfrage von Herrn Kaminski, ob das Mitbestimmungsgesetz hier nicht zwingend einzusetzen sei, antwortet Herr Exner, dass dieses nicht tangiert werde, weil die erforderliche Zahl der Beschäftigten nicht erreicht werde. Eine Drittelbeteiligung sei bindend, wenn dies im Gesellschaftsvertrag aufgenommen wurde. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder eine ungerade Zahl sein sollte und das ist die 12 nicht. Er fragt, welche Gründe es für die Verkleinerung des Aufsichtsrates gebe, denn schließlich sei das Klinikum das mit Abstand größte Unternehmen und das einzige, das sich im Transformationsprozess befinde, der noch nicht abgeschlossen sei. Darüber hinaus sollte auch die Fraktionsstärke Berücksichtigung finden, **denn bisher hatten DIE LINKE und die SPD jeweils 2 Plätze, bei einer Verkleinerung erhalten alle vertretenden Fraktionen jeweils einen Platz.** Deshalb empfehle er, über eine Verkleinerung des Aufsichtsrates zu einem späteren Zeitpunkt nachzudenken.

Herr Schubert sieht mit dem Vorschlag, 12 Aufsichtsratsmitglieder zu wählen, die Forderungen als erfüllt an. Auch die Möglichkeit, 2 Experten mit aufzunehmen, habe sich in der Vergangenheit bewährt. Ebenso sei die Zahl der Vertreter der Stadtverordnetenversammlung für die Fraktion SPD in Ordnung, denn das Anliegen war, die Bedenken des Betriebsrates auszuräumen.

Frau Dr. Müller bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Exner, dass die Zahl der Beschäftigten bezüglich des Mitbestimmungsgesetzes nicht erreicht werde und bittet, dies zu präzisieren. Herr Exner betont, dass diese Zahlen die Geschäftsleitung liefere und seitens eines Juristen immer eine Voraussetzung geprüft werde und wenn diese nicht erfüllt werde, auch keine Prüfung einer zweiten Voraussetzung erfolge. Im Weiteren wird die Zahl der Beschäftigten im Klinikum „Ernst von Bergmann“ auf 1.923 beziffert.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Stadtverordneten eine belastbare Einschätzung haben müssen, wie sich das mit dem Tendenzschutz und den Mitwirkungsbestimmungen verhalte. Deshalb verlange er eine diesbezügliche Stellungnahme der Verwaltung. Darüber hinaus gebe es eine veränderte Aufgabenstellung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung; dazu gehe aus dem Gesellschaftervertrag aber nichts Konkretes hervor. Somit sei die genaue Kenntnis dieser Kompetenzverlagerung ebenso Voraussetzung für eine Entscheidung.

Herr Exner sagte eine synoptische Darstellung zur veränderten Aufgabenstellung zwischen Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung zu. Diese Darstellung werde aber nicht alle Änderungen des Vertrages enthalten können.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, eine Stellungnahme zu den beiden von ihm genannten Punkten zu den Fraktionssitzungen am Montag, dem 26.01.09, auszureichen, um den Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, sich damit beschäftigen zu können. Das sei auch eine Voraussetzung für eine Vorlage dieser Art.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder bei 15 zu belassen, zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	1

Der Antrag ist damit abgelehnt und somit wird der Vorschlag von Herrn Exner, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 (0 zusätzlich = 1 Arbeitnehmervertreter, 2 Experten) festzulegen, in die zu überarbeitende Vorlage aufgenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 3

Unter der Maßgabe der Ausreichung der o.g. Synopse.

**zu 9**

**Beirat Potsdamer Mitte**

**Vorlage: 08/SVV/1044**

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Antrag **zurückzustellen**, da mit der Überarbeitung der Hauptsatzung auch eine Verständigung zum Beiratswesen erfolgen werde und dieser Antrag in diesem Kontext besprochen werden solle.

Die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob das Schreiben an die Fraktionen zur Benennung der Beiratsmitglieder damit gegenstandslos sei, wird bejaht.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Prüfung, ob der Beirat im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung in der Potsdamer Mitte noch gebraucht werde. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es neben der wichtigen Entscheidung zum Landtagsneubau noch andere Standorte, wie das Fachhochschulgebäude, die Bebauung der Alten Fahrt und die ehemalige Feuerwache, gebe, die mit einzubeziehen seien.

Herr Boede betont, dass eine Zurückstellung wegen der Bedeutung des Beirates nicht akzeptabel sei. Besonders wichtig sei, dass unbefangene Mitglieder in diesem Beirat mitwirken und zukünftig Reibepunkte zwischen persönlichen und öffentlichen Interessen ausgeschlossen werden; ebenso, dass Mitwirkende von Entscheidungen des Beirates partizipieren. Da das gegenwärtig seiner Auffassung nach der Fall sei, behalte er sich vor, gerichtlich gegen Entscheidungen vorzugehen, die auf Grundlage einer Empfehlung des Beirates entstanden sind.

Der Oberbürgermeister weist die Vorwürfe, die in Richtung einer Korruption gehen, zurück und betont die beratende Funktion des Beirates. Zunächst werde die Arbeit des Beirates ruhen, bis ein entsprechende Modell gefunden worden sei.

Herr Boede verweist seinerseits auf die diesbezüglichen Hinweise der Kommunalaufsicht. Empfehlungen des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen seien auf der Basis von Stellungnahmen des Beirates abgegeben worden. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass nicht der Ausschuss Entscheidungen treffe, sondern die Stadtverordnetenversammlung.

**zu 10**

**Besetzung der Stelle 353 100 21 Sachbearbeiter/in Förderung freier Träger Kita**

**Vorlage: 08/SVV/1127**

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 353 100 21 Sachbearbeiter/in Förderung freier Träger Kita wird befristet für 2 Jahre mit einer Arbeitszeit von 20 Wochenstunden extern besetzt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 11      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 11.1    Stärkung produzierendes Gewerbe**

**Vorlage: 08/SVV/1076**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister bittet, Fragen zur vorliegenden Mitteilungsvorlage zu stellen. Anschließend merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass die Fraktion DIE LINKE diese Berichterstattung beantragt habe, weil ein besonderer Bedarf an einer Stärkung des produzierenden Gewerbes in Potsdam festgestellt wurde. Er bedankt sich für die vorgelegte Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass immer der gleiche Zustand beschrieben werde, ohne dass daran etwas geändert werde, wie z. B. beim Zinssubventionierungsprogramm. Hier sollte grundsätzlich darüber nachgedacht werden, wie das wirksam genutzt werden könne. Gleiches gelte für die Schaffung von Vorratsflächen für produzierendes Gewerbe. Eine zielgerichtet Förderung sei aus der Mitteilungsvorlage nicht abzuleiten und sollte deshalb weiter verfolgt werden. Vielleicht gelinge eine regelmäßige Berichterstattung auch ohne eines entsprechenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass das bereits zugesagt war; ob das allerdings bisher jährlich erfolgt sei, müsse man sich angucken. Er betont, dass Potsdam nicht der klassische Ort für produzierendes Gewerbe sei und Potsdam ein besondere Standortbedingungen habe. Gewerbe müsse den Gegebenheiten entsprechen und so passe z.B. ein Stahlwerk hier nicht. Potsdam habe eher eine Dienstleistungsstruktur und um die beneiden andere die Stadt sehr, denn das ist krisensicherer. Die Stadt habe eine ausdifferenzierte kleinteilige Wirtschaftsstruktur, so etwa Katjes oder Erhard Automotive, was auch weiterhin zu fördern sei. Trotzdem brauche man ein Standortentwicklungskonzept für Gewerbe und er sei für jeden diesbezüglichen Vorschlag dankbar.

Herr Frerichs ergänzt, dass man Interesse an einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur habe und es nicht um die Erhaltung des Status quo gehe, denn dieser sei rückläufig. Das Zinssubventionierungsprogramm finde rege Inanspruchnahme; im Haushalt der Stadt seien aber nun mal leider Obergrenzen festgelegt. Eine jährliche Berichterstattung sei aus Sicht der Wirtschaftsförderung kein Problem. Der Oberbürgermeister merkt im Weiteren dazu an, dass in der Stadt ein Veränderungsprozess eingeleitet wurde, wie z. B. in Golm mit dem Go In.

Darauf Bezug nehmend führt Frau Dr. Schröter aus, dass es für Potsdam ein Standortvorteil sei, Wissenschaft und Forschung vor Ort zu haben. Dies sollte im Konzept mehr beachtet und dieser Vorteil stärker ausgenutzt werden sowie sich in der Konzeption widerspiegeln. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sich dies auch in einem entsprechenden Handeln zeige und in der Vergangenheit dafür die Rahmenbedingungen nicht angeboten werden konnten. Mit dem Standort Golm seien entsprechende Erweiterungspotenziale geschaffen worden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## zu 11.2 Winterdienst

Der Oberbürgermeister verweist auf die Ereignisse zum Anfang des Jahres und bittet Herrn Praetzel und Herrn Munder, die Situation zu erläutern.

Herr Praetzel erläutert, dass im Rahmen des Winterdienstes innerhalb geschlossener Ortslagen auf wichtigen Gehwegen, belebten und unentbehrlichen Fußgängerüberwegen geräumt werde und außerorts keine Räum- und Streupflicht bestehe; ansonsten sei der Winterdienst auch auf die Anlieger übertragen. Bezüglich der Fahrbahnen gelte innerorts, dass verkehrsbedeutsame und gefährliche und außerorts verkehrsbedeutsame und besonders gefährliche Fahrbahnen zu beräumen seien. Als Einsatzzeiten gelten werktags 7 – 20 Uhr, Samstags 8 – 20 Uhr, Sonn- und Feiertags : 9 – 20 Uhr.

In der Stadt wurde ein entsprechendes Prüfverfahren eingeführt, was die

- Auflistung des öffentlichen Verkehrsnetzes
- Bewertung der Verkehrsbedeutung und Gefährlichkeit
- Klassifizierung nach Dringlichkeit
- Aufstellung eines Räum- und Streuplanes,

was auch zusätzlich die Prüfung der:

- Umlaufzeiten
- Streudichte
- Materialwahl und der
- Ladestandorte einschlieÙe.

einschlieÙe.

Der Auftrag für den Winterdienst wurde nach einer europaweiten Ausschreibung für durchschnittlich 35 Wintertage im Jahr 2004 an die STEP vergeben.

Mit 6 Fahrzeugen und Abstumpfmitteln wie Splitt/Sand werde auf Radwegen geräumt. Hinzu komme die Leistung auf 260 km Fahrbahnen ( Kat 1- 170 km, Kat 2 – 90 Km ) mit 7 Fahrzeugen +1 Reservefahrzeug.

Auf Basis der Feuchtsalztechnologie werde auf Fahrbahnen Steinsalz und Natriumchloridlauge eingesetzt. Diese bewirke das Abtauen von Eis und Schnee; allerdings nur bis zu einer Temperatur von bis zu minus zehn Grad Celsius. Da die Temperaturen vom 05. bis 06. Januar extrem schnell und bis zu unter 20 Grad minus gesunken seien, blieb die verwendete Feuchtsalztechnologie wirkungslos. Im angrenzenden Berlin seien andere Lösungen verwendet worden, so dass dort die Straßen „schwarz“ und in Potsdam „weiß“ geblieben seien.

Anschließend erläutert Herr Munder an Hand visueller Darstellung die Situation aus Sicht der STEP, einschließlich der Verfahrensabläufe und Technologien. Er erläutert, dass die angewandte Feuchtsalztechnologie das Eis antaue, was bei diesen extremen Temperaturen aber sofort wieder gefriere. Darauf reagierend habe die STEP dann ein Splitt- und Sandgemisch gestreut und die Flächen damit abgestumpft. Auf die in Berlin verwendete Magnesiumchloridlösung sei in Potsdam u.a. aus Kostengründen verzichtet worden; könne aber zukünftig in die Überlegungen mit einbezogen werden, in dem Wissen, dass damit höhere Kosten entstehen werden. Im Weiteren könnte bei ähnlich extremen Situationen der Einsatz der 5 Kleinfahrzeuge erst an neuralgischen Punkten und dann auf Radwegen erfolgen und Streumittelzusätze verwendet werden. Überlegt werde auch, ob zukünftig ein so genannter Abrollcontainer als Sprühfahrzeug eingesetzt werde.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Schubert an, dass es auch über den 05. und 06. Januar hinaus Kritik am Winterdienst gebe. Die Koordinierungsstelle müsse nach entsprechenden Wetterwerten sofort Schlussfolgerungen ziehen und die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Er fragt nach, ob die beschriebenen Konsequenzen in dem jetzigen Leistungspaket enthalten seien. Dar-

an anknüpfend fragt Herr Lehmann, ob die Stadt darüber nachgedacht habe, den Auftrag zu erweitern bzw. einen Zusatzauftrag auszulösen und ob die Kostenfrage beleuchtet wurde. Herr Kirsch will wissen, ob seitens der STEP auf die Wirkungsbeschränkung der verwendeten Feuchtsalztechnologie verwiesen wurde, wie viele Unfälle es gegeben habe und wie hoch die Schadenssumme sei.

Herr Naber fragt, wer denn sage, dass alle Straßen geräumt sein müssen. Er meine, jeder müsse sich selbst auf die Witterungsbedingungen einstellen. Die verwendeten unterschiedlichen Salzlösungen haben auch unterschiedliche Wirkungen auf die Umwelt und es sei die Frage, ob nicht auch Split ausreiche.

Herr Praetzel verweist in Beantwortung der Fragestellungen auf eine Wechselwirkung zwischen dem Einsatz der Mittel und dem Fahrverhalten der Autofahrer. Dieser habe sich auf die Verkehrsverhältnisse einzustellen und insofern sei die Anzahl der Unfälle und die Schadenssumme in der Betrachtung nicht relevant. Zur Frage der Auslösung von Zusatzaufträgen wurde darüber nachgedacht, einen zweiten Standort „aufzumachen“, was nicht unbedingt teurer werden müsse, da sich An- und Abfahrtwege verkürzen. Wenn anderes Streusalz verwendet werden sollte, sei mit höheren Kosten zu rechnen, da auch die Bevorratung teurer sei. Dies sei zu überlegen, da die Situation am 05. und 06. Januar ein Extremfall gewesen sei, der alle Kommunen in die gleiche Lage versetzt habe.

Der Oberbürgermeister meint, dass auch für einen solchen Extremfall Vorkehrungen zu treffen seien – sowohl finanzieller als auch materieller Art. Andererseits müsse sich jeder auf diese Situationen einstellen, auch wenn man diese Art Winter mittlerweile nicht mehr gewohnt sei.

## **neu Konjunkturprogramm der Bundesregierung**

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass bis zur Beschlussfassung des Konjunkturpakets im April im Bundesrat „nichts passieren“ werde, worauf sich die Kommunen derzeit schon vorbereiten könnten. Jeden Tag gebe es neue Vorschläge, wie die zu erwartenden Mittel verwendet werden könnten. Da keine genauen Zahlen bekannt seien, könne man sich nur gewissenhaft vorbereiten.

Herr Exner betont, dass die Planung eines Konjunkturpaketes, das den Kommunen zugute komme, sehr gut sei und dieses Vorhaben nunmehr in eine Veralterungsvereinbarung zwischen Bund und Länder gegossen werden müsse. Anschließend sei zu erwarten, dass die Länder die Förderbedingungen formulieren werden, was hoffentlich schnell und ohne lange Finanzierungsrichtlinien passiere. Derzeit könne man nicht viel machen, weil man nicht genau wisse, was kommt. Davon auszugehen sei, dass Schulen in großem Umfang darin „vorkommen“ werden. Somit sei das Investitionsprogramm der Stadt ohne die Maßnahmen des Konjunkturpaketes geplant. Heiß diskutiert werde auch der Mitleistungsanteil der Kommunen und eine 1/3 Aufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen, wobei Not leidende Gemeinden auch mit einem geringeren Teil verpflichtet werden können. Die Frage sei, was Not leidende Gemeinden seien – seiner Meinung nach die, die aus eigenen Stücken keine Kredite aufnehmen können und dazu gehöre auch Potsdam.

Frau Dr. Schröter fragt diesbezüglich nach, ob es nähere Informationen zu den Äußerungen des Herrn Ministers Tiefensee gebe, dass Not leidende Kommunen gar nichts dazu zahlen müssten. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf Informationen des Landes, dass dort Vorkehrungen getroffen werden, um Not leidenden Kommunen den Zugang zu ermöglichen. Er fragt nach, mit wie viel Mitteln die Stadt schätzungsweise rechnen könne und fordert, eine schnelle und klare Schwerpunktsetzung vorzunehmen, um nicht zu enttäuschen und die daraus geplanten Mittel schnell umzusetzen.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, die Schwerpunktsetzung den Kommunen zu überlassen und eine Pro-Kopf-Verteilung vorzunehmen und nicht bestimmte, durch die Kommunen zu erfüllende Tatbestände zu schaffen. Gerüchte gehen aber auch von einer Verteilung nach „Gießkanne“ aus. Eine Einschätzung des für Potsdam zur Verfügung stehenden Anteils sei derzeit sehr schwierig, weil auch davon auszugehen sei, dass das Land noch etwas dazugeben werde.

## **neu Potsdamer Tafel**

Frau E. Müller informiert über das Angebot des Sanierungsträgers an die Potsdamer Tafel, für 50 Cent pro Quadratmeter zuzüglich Betriebskosten eine Fläche von 400 m<sup>2</sup> im früheren Rechenzentrum anzumieten. Allerdings seien vor der Nutzung noch Umbauarbeiten nötig, für deren Realisierung mit der PAGA ein Arbeitsmarktprojekt verabredet worden sei, was die entstehenden Kosten senken werde. Die erforderlichen Zusatzkosten werden seitens der Stadt zur Verfügung gestellt. Nun seien noch die genauen Pläne der Potsdamer Tafel nötig, um das Projekt realisieren zu können.

Frau Dr. Müller merkt an, dass die Nutzung für die noch verbleibenden Wintermonate nicht mehr wirksam werden könne und fragt, warum seitens der Tafel erst jetzt mit der Planungsarbeit begonnen werde und hier keine Vorarbeit geleistet wurde. Dies, so Frau E. Müller, liege in der Verantwortung der Potsdamer Tafel. Seitens der Verwaltung werde es ein Schreiben geben, in dem darauf verwiesen wird, dass die Unterlagen dringend benötigt werden.

## **zu 12 Sonstiges**

### **Preissteigerungen bei der EWP**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die dazu geführte Diskussion und die im Ergebnis getroffene Feststellung, dass die Stadt mit ihren Unternehmen die rechtlichen Rahmen einhalte, eine Nachvollziehbarkeit der Preisgestaltung gewährleistet werde und die Preisgestaltung öffentlich dargestellt werde. Darüber hinaus wurden Preissteigerungen im Aufsichtsrat umfassend diskutiert, um diese auf das notwendige Maß zu reduzieren. Deshalb finde er es nicht gut, wenn diese Diskussion durch dazu neu gestellte Anträge für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wieder von vorn begonnen werde. Wenn es diesbezüglich Änderungsbedarf gebe, müsse sowohl der Oberbürgermeister als auch die Stadtverordnetenversammlung Verantwortung übernehmen und entsprechend handeln.

Der Oberbürgermeister betont, das es sich hier um Anträge für die nächste Sitzung der StVV handle und der Diskussion jetzt nicht vorgegriffen werden sollte. Zur Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen merkt Herr Exner an, dass laut Gerichtsurteil des BGH nicht alles zu 100 % offen gelegt werden müsse, weil davon ausgegangen werde, dass es ein geschütztes Interesse an Geschäftsdaten der Unternehmen gebe. Er informiert über ein entsprechendes Urteil des BGH zu § 315 BGB und zitiert:

*"Die Billigkeit einer Tarifierhöhung ist schlüssig vorgetragen, wenn der Versorger für den maßgeblichen Zeitraum darlegt, dass sich seine Bezugskosten entsprechend erhöht haben und nicht durch einen Rückgang sonstiger Kosten der Gasversorgung ganz oder teilweise ausgeglichen worden sind. Dabei muss er nicht notwendig die absolute Höhe seiner Bezugspreise angeben und die Bezugsverträge mit seinen Lieferanten vorlegen. Es reicht aus, wenn er vorträgt, dass und in welchem Umfang sich aufgrund von Preisänderungsklauseln in den Bezugs-*

*verträgen seine Bezugspreise erhöht haben; Beweis dafür kann er auch durch Zeugen anbieten."*

(BGH VIII. Zivilsenat Urteil Az: VIII ZR 138/07 vom 19.11.2008 **Pressemitteilung des BGH** :[Kontrolle des Gaspreises gemäß § 315 BGB ...](#))

Das bedeute, so der Oberbürgermeister, dass die Kalkulation der Unternehmen nicht offen gelegt, aber plausibel gemacht werden müsse.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob damit eine neue Situation gegeben sei oder der rechtliche Rahmen eingehalten werde. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er den Eindruck habe, dass der rechtliche Rahmen eingehalten werde und der Hauptausschuss entsprechend informiert wurde. Darüber hinaus gebe es mehrere Varianten zur öffentlichen Darstellung der Preisgestaltung, die durch die EWP genutzt werden.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Zusage des Oberbürgermeisters, die Stadtverordneten bei der **Auswahl der beiden neu zu wählenden Beigeordneten** einzubeziehen. Laut Presse habe es durch die Fraktion Grüne/ B 90 bereits Gespräche gegeben; die Fraktion DIE LINKE kenne jedoch noch keine Bewerber.

Gleiches gelte für die Besetzung der Geschäftsführerstelle des Luftschiffhafens. Hier wolle er die Anzahl der Kandidaten wissen und wer sich beworben habe. Er bittet die ausgereichte, derzeit noch leere Vorlage zu untersetzen, um eine Entscheidung in der nächsten Sitzung der StVV zu ermöglichen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Ausschreibungsfrist für die Beigeordnetenstellen am vergangenen Sonntag abgelaufen und 126 Bewerbungen eingegangen seien. Der Auswahlprozess werde von einem Personalberatungsunternehmen begleitet. Ende Februar/Anfang März werden die Auswahlgespräche geführt; der genaue Termin werde den Fraktionen noch mitgeteilt. Anschließend seien gemeinsame Gespräche des Oberbürgermeisters und des Personalberatungsunternehmens mit den Fraktionen vorgesehen. Darüber hinaus haben alle Fraktionen die Möglichkeit, die ausgewählten Kandidaten zu sich einzuladen. Eine Beschlussfassung sei für die April-Sitzung der StVV geplant. Eine dem entsprechende schriftliche Information gehe den Fraktionen in den nächsten Tagen zu.

Ebenso sei das Bewerbungsverfahren für die Geschäftsführerstelle Luftschiffhafen abgeschlossen und eine entsprechende Beschlussvorlage werde bis Montag den Fraktionen zugehen.

Bezug nehmend auf Beschlussvorlagen, wie die Hauptsatzung oder die Geschäftsordnung, die über eine ganze Wahlperiode binden seien, fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, wie die Diskussion dazu laufen solle. Viel Zeit bleibe dafür nicht, da ein Beschluss bereits im März gefasst werden solle. Andererseits gebe es erhebliche Veränderungen, die einerseits auf die neue Kommunalverfassung zurückzuführen seien, aber auch durch die Verwaltung selbst vorgenommen wurden.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass das Verfahren im Ältestenrat bzw. der Stadtverordnetenversammlung verabredet werden solle. Sicher werde es auch eine Diskussion im Hauptausschuss zu den Änderungsvorschlägen geben, wobei über die eine oder andere sicher gestritten werden könne.